ÄA10.1: 30 Stellen für bezahlbares Wohnen und Unterstützung von Mieter*innen

Einreichende: Darius Belling, Anna Bochmann, Alexandra Dierks, Dido Lea Dimitroff, Robert Gruner, John-Paul Hartzsch, Leonard Husmeier, Philippe Janes,Tom Knappstein, Julia Rattke, Virginia Reichel, Hannes Reinhardt, Nora Scharbach, Luisa Scherer, Ramona Schmidt, Vincent Schmitt, Benjamin Sittig, Nina Tempelhoff, Jule Wagner, Alexander Windemuth

Antrag:

Dieser Änderungsantrag zielt auf eine vollständige Ersetzung des ursprünglichen Antrages A10 ab.

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Die Linke Leipzig bekräftigt ihre Unterstützung des Bürgereinwands zum Haushaltsplanentwurf der Stadt Leipzig: „Die Stadt Leipzig schafft 30 zusätzliche Stellen für die Bekämpfung illegaler Mieten und für die Unterstützung von Mieter*innen rund um das Thema Mieten und plant diese verbindlich im städtischen Haushalt ein. So kann die Stadt rechtswidrige Mietpraktiken konsequent verfolgen, Mieter*innen beraten und für bezahlbares Wohnen sorgen. Wir wenden uns gegen einen Haushaltsplanentwurf, der diese dringend benötigten Stellen nicht vorsieht. Um eine tatsächliche Besetzung zu gewährleisten, sind neue Stellen ausdrücklich von der Stellenbesetzungsbremse auszunehmen. Etwaige Mehrkosten dürfen nur durch eine Erhöhung des Budgets des Dezernats Soziales, Gesundheit und Vielfalt gegenfinanziert werden, nicht durch Kürzungen in diesen Bereichen."

2. Die Linke Leipzig unterstützt die Zusammenarbeit der Mietenkampagne „Leipzig bezahlbar machen" und der Stadtratsfraktion in ihrem Vorhaben, das Anliegen der Mieter*innen Leipzig nach bezahlbaren Wohnen in die Haushaltsverhandlungen des Stadtrates einzubringen.

3. In diesem Sinne ruft die Linke Leipzig ihre Mitglieder, Basisorganisationen und Mandatsträger*innen dazu auf, sich weiterhin an den zahlreichen Aktionen der Mietenkampagne zu beteiligen, Unterschriften für den Bürgereinwand zu sammeln und an kommenden Versammlungen am Rathaus teilzunehmen.

Begründung:

Die Mieten steigen durch die Decke: Das ist das wichtigste kommunalpolitische Thema für Leipziger*innen. Doch die Gesetze, die Mieter*innen vor zu hohen Kosten schützen sollen, werden in Leipzig nicht umgesetzt. Immobilienkonzerne und Vermieter dürfen sich beim Zuhause der Leipziger*innen ohne Konsequenzen illegal verhalten. Wenn wir das ändern wollen, müssen wir das Tauziehen gegen die dreistesten und reichsten Immobilienkonzerne und Vermieter der Stadt gewinnen.

Das betrifft nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern alle Mieter*innen der Stadt. Illegal überhöhte Mieten fließen in den Mietspiegel ein und treiben ihn nach oben, solange sie nicht abgesenkt werden. Wer illegale Mieten absenkt, senkt damit die ortsübliche Vergleichsmiete für die ganze Stadt und begrenzt, wie schnell auch alle anderen Mieten weiter steigen dürfen.

Gleichzeitig erleben wir gerade einen der drastischsten Kürzungshaushalte in der Geschichte Leipzigs. Das führt dazu, dass die Stadt selbst Vergehen von Vermietern nicht mehr ahnden kann. Die durch den Staat sanktionierten Verhalten werden aus haushaltspolitischem Kürzungsdrang nicht verfolgt. Hier zeigt sich die Widersprüchlichkeit unserer Gesellschaft.

Während 70 Mitarbeiter*innen bei der Stadt Knöllchen für Falschparker verteilen, bearbeitet nur eine einzige Person im Wohnamt die zu hohen Mieten. Sie hat keine Chance, hinterherzukommen. Die Größenordnung folgt dabei der Bedarfsrechnung der Verwaltung selbst: Nach ihrem Fallzeitschlüssel sind allein für diese Aufgabe 16 Stellen nötig, um 1.000 Fälle zu bearbeiten (derzeit sind es schon über 500). Gegen mehr Personal wird häufig angeführt, die Stadt habe dafür kein Geld. Dabei könnten die zusätzlichen Stellen ein Plusgeschäft für die Stadt sein. Obwohl überhöhte Mieten sehr häufig Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten sind, gab es in Leipzig weder jemals ein Bußgeld noch eine Strafe. Im Gesetz ist eine Geldbuße bis zu 50.000 Euro vorgesehen. Die Strafe muss laut Gesetz den illegalen Gewinn übersteigen und soll abschreckend wirken. Dieser Rahmen muss nur bei einem Bruchteil der Fälle bei Immobilienkonzernen ausgeschöpft werden, um die Kosten fürs nötige Personal im Amt für Soziales wieder in die Stadtkasse zu spülen. Vor allem aber kommt das Geld dort an, wo es hingehört: In Frankfurt am Main standen in mehreren Jahren rund 100.000 Euro an Bußgeldern rund 200.000 Euro zurückerstatteter Miete gegenüber, im Schnitt rund 6.300 Euro je Mietpartei. Dazu kommt die weiterführende Beratung von Mieter*innen. Ob bei Heizkosten, zu hohen Mieten oder andere Probleme mit dem Vermieter – Mieter*innen brauchen Unterstützung gerade durch eine städtische Anlaufstelle.

Zum Schluss sei noch gesagt: Ein Beschluss allein senkt keine Miete – auch kein großer Bürgereinwand. Was ihn durchsetzt, sind organisierte Menschen, die sich öffentlich hinter eine populäre Forderung stellen und die Entscheidungsträger*innen in der Politik verantwortlich halten. Die formale Frist des Bürgereinwandes ist abgelaufen – die Haushaltsverhandlung läuft aber weiter. Gerade jetzt kannst du Druck auf die Stadträt*innen ausüben: durch Kundgebungen, Telefonaktionen und kollektiven Aktionen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: